



WDR aktuell

URL: <http://www1.wdr.de/themen/aktuell/fluechtlingsunterbringung-kosten-100.html>

Kosten für Flüchtlingsunterbringung

Entlastung für NRW-Kommunen

2015 kommen mehr Flüchtlinge nach Deutschland als erwartet

Stichtag für Erhebung der Zahl soll um ein Jahr verschoben werden

CDU sieht Eingeständnis für bisher zu hohe Belastungen der Kommunen



NRW bringt Flüchtlinge in Zelten unter, hier in Linnich

Die Zahl der Flüchtlinge, die in diesem Jahr voraussichtlich nach Deutschland kommen werden, ist vermutlich weitaus höher als erwartet. Nach Informationen des "Handelsblatts" könnten 2015 bis zu 750.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen - fast doppelt so viel wie im Rekordjahr 1992. Bislang hatte die Bundesregierung mit rund 450.000 Flüchtlingen gerechnet. Dass die Zahl höher liegen könnte, hatte sich bereits angedeutet. Um den Kommunen in Nordrhein-Westfalen größere Planungssicherheit zu geben, will die rot-grüne Landesregierung den Stichtag, an dem die Zahl der Flüchtlinge festgehalten wird, verschieben.

Flüchtlingszahl soll erst ein Jahr später erfasst werden

Angesichts der erwarteten höheren Flüchtlingszahl soll schon für den Haushalt 2016 der Abrechnungsstichtag vom 1. Januar 2015 auf den 1. Januar 2016 verändert werden. Mit dieser neuen Regelung käme man *"einem Wunsch der Kommunen entgegen"*, erklärte Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Die Kommunen bekämen mehr Planungssicherheit. *"Das entlastet die Kassen der Städte, Gemeinden und Kreise."*

Mehrdad Mostofizadeh, Vorsitzender der Grünen-Fraktion, erklärte: *„Die Städte und Gemeinden erhalten mit dem neuen Abrechnungsverfahren zeitnah mehr Mittel, wenn die Zahl der Hilfesuchenden – wie derzeit – stark wächst. Dank der neuen Stichtagsregelung werden die kommunalen Haushalte schneller entlastet.“* Die Versorgung der Flüchtlinge sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies müsse auch der Bund anerkennen, *"und endlich die versprochenen strukturellen Entlastungen liefern."*

CDU: Kommunen wurden über Gebühr belastet

André Kuper, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag sieht in der Ankündigung der Landesregierung, "*zukünftig nicht mehr veraltete Flüchtlingszahlen des Vorjahres für die Berechnung der Pauschale nutzen*" zu wollen, "*ein Eingeständnis, dass in Nordrhein-Westfalen jahrelang die Kommunen über Gebühr belastet wurden.*" Im Jahr 2014 seien von den rund 500 Millionen Euro der kommunalen Aufwendungen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vom Land nur 112 Millionen Euro erstattet worden.

Mehr zum Thema

Schwerpunkt: Flüchtlinge in NRW

Link: <http://www.wdr.de/themen/politik/fluechtlinge/fluechtlinge374.html>

Stand: 18.08.2015, 15.14 Uhr

© WDR 2015